

Beschlüsse und Überweisungen des 37. Landesparteitages

**37. Landesparteitag
am 05.11.2022 in Schkeuditz**

Beschlüsse

Beschluss (A-1)

Betreff:

Änderung des Sächsischen Reisekostengesetzes

Der Landesparteitag beschließt:

Die Erstattungssätze im Sächsischen Reisekostengesetz sind zu erhöhen. Wir erachten entsprechend der aktuellen Preisentwicklung eine Orientierung an der Pendlerpauschale für angemessen.

Die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages wird hierzu gebeten, die entsprechenden Änderungen anzustoßen.

Beschluss (A-2)

Betreff:

Lehrermangel in den ländlichen Regionen entgegensteuern

Der Landesparteitag beschließt:

Damit der ländliche Raum für junge Menschen und Familien attraktiv ist, muss dieser aktiv gestaltet werden. Die Sächsische Union tritt für gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land ein. Deshalb müssen die Lehrkräfte insbesondere auch dort ausgebildet werden, wo sie besonders dringend gebraucht werden.

Um dem Lehrermangel zu begegnen, fordern wir die Errichtung einer Lehramtsausbildungsstätte für das Lehramt Oberschulen und Förderschulen in nachweislich unterversorgten Gebieten wie bspw. der Oberlausitz oder in Westsachsen. Außerdem wollen wir uns zeitnah über Anreizsysteme verständigen, um dem Personalmangel zu begegnen.

Beschluss (A-3)

Betreff:

Ausweitung der Kameratechnik zur Bekämpfung der Grenzriminalität im Freistaat Sachsen

Der Landesparteitag beschließt:

Seit dem Jahr 2019 setzt die Polizeidirektion Görlitz an insgesamt sechs verschiedenen Standorten in der historischen Altstadt Görlitz, an der Stadtbrücke Görlitz und in Hagenwerder stationäre Kameratechnik im Kampf gegen die grenzüberschreitende Eigentumskriminalität ein.

Der Freistaat Sachsen baut die Maßnahmen als wichtigen Baustein im Gesamtkonzept gegen die Grenzkriminalität in den Landkreisen Görlitz, Bautzen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Vogtland, Erzgebirge sowie Mittelsachsen konsequent aus. Darüber hinaus soll zur Unterstützung und Ergänzung mobile Kameratechnik beschafft werden, die in mobilen Einsatzfahrzeugen der Polizei installiert werden kann. Auf diese Weise soll die Technik verdeckt, flexibel und lageangepasst an verschiedenen Orten zum Einsatz kommen und die stationären Systeme ergänzen.

Beschluss (A-5)

Betreff:

Ehrenamtskarte

Der Landesparteitag beschließt:

dass die Sächsische Ehrenamtskarte künftig auch als App im Freistaat Sachsen zur Verfügung steht.

Beschluss (A-11)

Betreff:

Kooperation zwischen Landes- und Bundespolizei erhöhen“

Der Landesparteitag beschließt:

Die Sächsische Union setzt sich für eine Kooperation zwischen Landes- und Bundespolizei sowie Bundeswehr für die Nutzung von Schießplätzen ein. Synergieeffekte können zur Verbesserung der Ausbildung beitragen.

Beschluss (A-13)

Betreff:

Eigene Gasreserven nutzen – Fracking legalisieren

Der Landesparteitag beschließt:

Die Sächsische Union spricht sich im Interesse einer Nutzung in unserem Land vorhandener Bodenschätze und der veränderten energiepolitischen Situation dafür aus, die Nutzung der erheblich in Deutschland vorhandenen Gasvorhaben zu ermöglichen. Dafür soll in der Konsequenz der Ergebnisse der von der Bundesregierung 2018 eingesetzten „Expertenkommission Fracking“ als beherrschbar eingeschätzten Risiken der Technologie das Verbot des Einsatzes von Fracking aufgehoben werden. Damit könnten nach Angaben der Bergakademie Freiberg Fördermengen bis zum 20-fachen des deutschen Jahresbedarfs an Erdgas gewonnen werden.

Beschluss (A-16)

Betreff:

Medienkompetenz als Schlüsselqualifikation in sächsische Lehrpläne

Der Landesparteitag beschließt:

Die Sächsische Union setzt sich für die Vermittlung rechtlicher Kompetenzen im Umgang mit sozialen Medien in der Schule ein. Diese Dimension der Medienkompetenzerziehung soll explizit Bestandteil der Lehrpläne sein.

Beschluss (A-18)

Betreff:

Jetzt in Cybersicherheit investieren

Der Landesparteitag beschließt:

Die Sächsische Union setzt sich für eine stärkere, gleichzeitig dauerhafte Ausstattung der Cyberabwehr-Forschung ein.

Unser Ziel ist es, geeignete Maßnahmen zur Härtung der deutschen Verwaltung und der gesamten Wirtschaft, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen, anbieten zu können.

Beschluss (A-19)

Betreff:

Wingfoil-Verbot aufheben

Der Landesparteitag beschließt:

Die Sächsische Union setzt sich für die genehmigungsfreie Ausübung des Wingfoils auf sächsischen Gewässern ein.

Beschluss (A-20)

Betreff:

Schulbildung: Projektwoche zur Friedlichen Revolution 1989

Der Landesparteitag beschließt:

Die Sächsische Union fordert eine Projektwoche, die die Geschehnisse und herausragende Leistung zur Friedlichen Revolution in den drei sächsischen Städten Plauen, Dresden und Leipzig näher behandelt, in die Lehrpläne der Gymnasien in den Klassenstufen 10 und der Oberschulen in den Klassenstufen 9 aufzunehmen.

Beschluss (I-1)

Betreff:

Zuwanderung regulieren und im Interesse der Menschen gestalten

Der Landesparteitag beschließt:

1. regelmäßig und unter Einbeziehung der kommunalen Ebene zu prüfen, inwieweit eine weitere Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Sachsen noch möglich ist und bei freiwilligen Aufnahmeprogrammen des Bundes, die nicht mit dem Freistaat abgestimmt sind, kein Benehmen zu erteilen.
2. die Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer konsequent durchzusetzen und darauf hinzuwirken, die im Regierungsprogramm der Bundesregierung verankerte Rückführungsoffensive endlich spürbar umzusetzen.
3. die Bundesregierung aufzufordern, Sonderprogramme wie jene zum Resettlement und zur Relocation solange auszusetzen wie die Ukraine Krise andauert und weitere sichere Herkunftsländer auszuweisen.
4. deutlich zu machen, dass die Versorgung und Unterbringung der vor dem russischen Aggressionskrieg geflüchteten Menschen aus der Ukraine eine

gemeinsame Aufgabe Deutschlands und aller anderen europäischen Staaten ist.

Beschluss (I-2)

Betreff:

Cannabis-Legalisierung gefährdet Gesundheit

Der Landesparteitag beschließt:

Die Sächsische Union setzt sich dafür ein, dass die von der Bundesregierung geplante Legalisierung von Cannabis und die Drogenfreigabe nicht stattfindet.

Überweisungen

Überweisung (A-4)

Betreff:

Preiswerte Energie und Klimaschutz sind kein Widerspruch – mehr Marktwirtschaft in den Energiemarkt

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an den Landesvorstand:

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine führte zu grundlegenden Verwerfungen in der bisherigen Versorgung Deutschlands mit Energieträgern. Neben der akuten Frage, wie Bevölkerung, Unternehmen und öffentliche Institutionen vor unverhältnismäßigen Preisanstiegen während des Winters 2022/2023 geschützt werden können, müssen jetzt auch langfristige Weichen für die Energiepolitik gestellt werden.

Hierzu zählen wir:

1. Wir stehen zu den Klimaschutzzielen, die unter der letzten Bundesregierung festgelegt wurden, müssen die dafür notwendigen Maßnahmen zudem aber konkretisieren.
2. Deutschland und insbesondere Sachsen sind – als erfolgreiche Industriestandorte – zur Sicherung ihres Wohlstands auf Energie angewiesen. Es ist und bleibt Aufgabe der Energiepolitik, die Voraussetzungen zu schaffen, dass diese in ausreichender Menge und preiswert zur Verfügung steht.
3. Wir sind hierbei Verfechter eines marktorientierten Ansatzes, der die Ausweitung des Energieerzeugungsangebots als Lösungsansatz für die Schaffung eines preiswerten Angebots sieht. Wir lehnen eine Politik ab, die auf eine ideologisierte Verteuerung von Energieträgern ausgerichtet ist.
4. Der bisherige Ansatz zur Realisierung der Energiewende, die Brücke in eine CO₂-freie Energiewirtschaft über große Mengen preisgünstigen Erdgases aus Russland zu erreichen, ist in dieser Form gescheitert. Ein vollständiger Ersatz dieser Mengen durch importiertes Flüssiggas ist bereits aus ökonomischen Gründen nicht möglich. Auch wenn nach Abschluss eines russisch-ukrainischen Friedensvertrags eine Wiederaufnahme eingestellter Lieferungen teilweise möglich sein sollte, müssen die weggefallenen Erdgasmengen anderweitig ersetzt werden.
5. Die einzige Erfolgsgarantie für eine erfolgreiche Energiepolitik ist, dass im

Energiemarkt die Prinzipien der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft gelten. Konkret bedeutet dies: Die Minimierung von finanzpolitischen Markteingriffen, und die Nutzung marktwirtschaftlicher umweltpolitischer Instrumente, wie z.B. des EU-Zertifikatehandels. Insbesondere bedeutet dies aber auch, dass die Marktteilnahme durch dezentrale Erzeuger-Verbraucher-Konstellationen (Prosumer) erleichtert wird. Die für die Stabilität nötigen Speicher sind insbesondere bei einer volatilen Elektroenergieerzeugung wichtiger Bestandteil des Energiemarkts. Der Energiemarkt muss im Großhandelsbereich europäisch funktionieren und eine Marktteilnahme aller Akteure (Prosumer) ermöglichen.

6. Klimaschutzpolitik muss am Ziel orientiert sein. Es ist unsere primäre Aufgabe, die Netto-Emission klimaschädlicher Gase auf 0 zu reduzieren und diese perspektivisch sogar aus der Atmosphäre zurückzugewinnen. Es sollte dem durch den Emissionszertifikatehandel gelenkten Markt überlassen bleiben, dieses Ziel optimal umzusetzen. Entsprechende regulatorische Anpassungen zur Zielerreichung sind anzustreben.
7. Im Rahmen der Angebotspolitik ist es wichtig, das Angebot zu diversifizieren, und jegliche einseitige Abhängigkeit zu vermeiden. Das ideologische Ausschließen einzelner Technologien als geeigneter Option hat sich nicht bewährt. Um das Angebot auszuweiten, werden die erneuerbaren Energien eine große Rolle spielen. Kohlenstoffbasierte Energieträger können in Form von SynGas / SynFuels auch zukünftig eine Rolle spielen, wenn diese in einer Kohlenstoffkreislaufwirtschaft eingebettet sind. In einer Übergangszeit sind Technologien zu entwickeln die eine Abscheidung, Deponierung und Verwendung (CCUS – Carbon Capture Utilization and Sequestration) bei bestehenden, mit fossilen Energieträgern betriebenen Anlagen, ermöglichen und die die Basis für diesen Kreislauf bilden. Die Nutzung der Kernenergie sollte nicht von vornherein ausgeschlossen werden, aber von der Lösung der Endlagerfrage sowie der aktualisierten Sicherheitsbewertung abhängig gemacht werden.
8. Eine angebotsorientierte Politik erfordert rasche Genehmigungsprozesse für neue Energieerzeugungs- und verteilungsanlagen. In Sachsen wurde im Bereich der Windkraftnutzung mit der 1000m-Abstandsregelung bei gleichzeitiger Öffnungs- und Beteiligungsmöglichkeit im Falle der Zustimmung in den betroffenen Kommunen ein guter Weg beschritten, um das Angebot zu erhöhen, aber lokale Konflikte zu entschärfen. Wir unterstützen, wenn Kommunen entsprechend eine dezentrale Erzeugung im Gemeindegebiet fördern und sich als Marktteilnehmer aktiv an der Energiewende beteiligen können (Prosumer).

Überweisung (A-6)

Betreff:

Ablehnung der Gendersprache

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Der Landesparteitag möge beschließen, dass sich die Sächsische Union auf allen politischen Ebenen und in öffentlich-rechtlichen Gremien für die Ablehnung bzw. dort wo bereits praktiziert, für die Abschaffung der Gendersprache im öffentlichen Rundfunk sowie in der Verwaltungskommunikation einsetzt.

Überweisung (A-7)

Betreff:

Brandschutz Wald

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Die Erfahrungen der großflächigen Waldbrände im Sommer dieses Jahres haben Mängel an Löschkapazitäten und feuerwehrtechnischen Ausstattung offengelegt, deren Behebung die für den Brandschutz verantwortlichen Kommunen überfordert.

Darum fordert die Sächsische Union alle relevanten Akteure dazu auf

- Sich für die Beschaffung einer Grundausstattung geeigneter Löschflugzeuge in Verantwortung des Bundes einzusetzen, die bei entsprechenden Großschadensereignissen in den Ländern zur Unterstützung der örtlichen Brandschutzkapazitäten eingesetzt werden können.
- Sich mit dem Bund und den anderen Bundesländern über länderübergreifende Konzepte und Zusammenarbeit bei der Bekämpfung solcher Großschadensereignisse zu verständigen.
- Den zunehmenden Risiken und Ausstattungsbedarfe, die sich vor allem in von großen Waldbeständen geprägten Regionen Sachsens infolge der zunehmenden Trockenheit für die für den Brandschutz zuständigen Kommunen ergeben, bei der Zuwendungen für feuerwehrtechnische Ausstattungen aus dem Haushalt des Freistaates zu berücksichtigen.
- Verbindliche finanzielle Belastungsgrenzen zu definieren, die abhängig von der Schadenssumme eine Übernahme der örtlichen Einsatzkosten sicherstellen.

Überweisung (A-8)

Betreff:

Nationalpark Sächsische Schweiz

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, eine Überprüfung des Status des Nationalparks Sächsische Schweiz zu veranlassen, diese sollte beinhalten:

- Die Feststellung des Standes der Umsetzung der bei der Entscheidung über die Schaffung des Nationalparks getroffenen Annahmen und Planungen, insbesondere die Vereinbarkeit der Wildniskonzeption mit der Managementverpflichtung aus Art. 6 Abs. 3 FFH-Richtlinie.
- Die Auswirkungen einer Fortführung der festgeschriebenen Planungen auf die in der Region ansässigen Menschen und Betriebe.
- Die Vereinbarkeit der angemessenen touristischen Nutzung mit der Unterschutzstellung.
- Die Reflektion der Einschätzungen des Evaluationskomitees mit ihren Auswirkungen auf die Kommunen der Region.
- Eine Überprüfung des Schutzstatus zu veranlassen, die eine Überführung in einen „Naturpark“ mit einem hohen Schutzstatus im Detail einschließen kann.
- Die Übertragung der naturschutzbehördlichen Zuständigkeit für das Landschaftsschutzgebiet an den Landkreis Sächsische Schweiz-Ostererzgebirge. Die in Sachsen einmalige Sonderregelung einer Zuständigkeit der Landesdirektion für dieses Landschaftsschutzgebiet aufzuheben.
- Die Ausgliederung der vorderen Sächsischen Schweiz aus dem Nationalpark und ersatzweise eine elbübergreifende Angliederung von Bereichen entlang der tschechischen Grenze zu prüfen.
- Die Überarbeitung der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über die Nationalparkregion Sächsische Schweiz unter Beteiligung der betroffenen Einwohnerschaften, Kommunen und des Landkreiseses umzusetzen.
- Den Schutz des Gebietes als FFH- und SPA-Gebiet zu überprüfen und durch eine eigenständige Rechtsverordnung abzusichern sowie auf der Grundlage der seit 30 Jahren aufwändig vorgenommenen

wissenschaftlichen Erhebungen und des Monitorings unverzüglich einen FFH-Managementplan vorzulegen.

Überweisung (A-9)

Betreff:

„Langfristige Weichen für die Energiepolitik“

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an den Landesvorstand:

Zu den langfristigen Weichen für die Energiepolitik zählen wir:

1. Wir stehen zu den Klimaschutzzielen, die unter der letzten Bundesregierung festgelegt wurden, müssen die dafür notwendigen Maßnahmen zudem aber konkretisieren.
2. Deutschland und insbesondere Sachsen sind – als erfolgreiche Industriestandorte – zur Sicherung ihres Wohlstands auf Energie angewiesen. Es ist und bleibt Aufgabe der Energiepolitik, die Voraussetzungen zu schaffen, dass diese in ausreichender Menge und preiswert zur Verfügung steht.
3. Wir sind hierbei Verfechter eines marktorientierten Ansatzes, der die Ausweitung des Energieerzeugungsangebots als Lösungsansatz für die Schaffung eines preiswerten Angebots sieht. Wir lehnen eine Politik ab, die auf eine ideologisierte Verteuerung von Energieträgern ausgerichtet ist.
4. Der bisherige Ansatz zur Realisierung der Energiewende, die Brücke in eine CO₂-freie Energiewirtschaft über große Mengen preisgünstigen Erdgases aus Russland zu erreichen, ist in dieser Form gescheitert. Ein vollständiger Ersatz dieser Mengen durch importiertes Flüssiggas ist bereits aus ökonomischen Gründen nicht möglich. Auch wenn nach Abschluss eines russisch-ukrainischen Friedensvertrags eine Wiederaufnahme eingestellter Lieferungen teilweise möglich sein sollte, müssen die weggefallenen Erdgasmengen anderweitig ersetzt werden.
5. Die einzige Erfolgsgarantie für eine erfolgreiche Energiepolitik ist, dass im Energiemarkt die Prinzipien der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft gelten. Konkret bedeutet dies: Die Minimierung von finanzpolitischen Markteingriffen, und die Nutzung marktwirtschaftlicher umweltpolitischer Instrumente, wie z.B. des EU-Zertifikatehandels. Insbesondere bedeutet dies aber auch, dass die Marktteilnahme durch dezentrale Erzeuger-Verbraucher-Konstellationen (Prosumer) erleichtert wird. Die für die Stabilität nötigen Speicher sind insbesondere bei einer volatilen

Elektroenergieerzeugung wichtiger Bestandteil des Energiemarkts. Der Energiemarkt muss im Großhandelsbereich europäisch funktionieren und eine Marktteilnahme aller Akteure (Prosumer) ermöglichen.

6. Klimaschutzpolitik muss am Ziel orientiert sein. Es ist unsere primäre Aufgabe, die Netto-Emission klimaschädlicher Gase auf 0 zu reduzieren und diese perspektivisch sogar aus der Atmosphäre zurückzugewinnen. Es sollte dem durch den Emissionszertifikatehandel gelenkten Markt überlassen bleiben, dieses Ziel optimal umzusetzen. Entsprechende regulatorische Anpassungen zur Zielerreichung sind anzustreben.
7. In Anbetracht der Verknappung und damit verbundenen Verteuerung aller Energieressourcen muss die Kernenergie wieder eine wichtige Rolle im Mix der zur Absicherung der Grundlastfähigkeit unserer Energieversorgungsnetze notwendigen Erzeugungstechnologien spielen. Die Abhängigkeit von Drittländern bei der Beschaffung von Energie jeglicher Art muss unbedingt auf ein Minimum reduziert werden. Zur Erreichung der Ziele des Weltklimarates (IPCC) kann auf Kernenergie als emissionsfreie Energiequelle nicht verzichtet. Die EU hat aus guten Gründen auch deswegen die Kernenergie als grüne Energieerzeugungsart klassifiziert. Zur Sicherung des Weiterbetriebs der im Stilllegungsmodus befindlichen drei AKW's und weiteren noch in Betrieb befindlichen AKW's muss der Paragraph 7 Atomgesetz abgeschafft werden. Damit wären alle rechtlichen Hürden zur Wiederinbetriebnahme der abgeschalteten und des Weiterbetriebes der laufenden AKW's beseitigt. Zu Laufzeitlänge und Wirtschaftlichkeit sollten die Betreiber Vorschläge erarbeiten. Versorgungssicherheit ist nicht zum Nulltarif zu haben. Zur Endlagerfrage sollte sich Deutschland an Modellen anderer europäischer Länder orientieren und verstärkt in FuE zu Recyclingtechnologien für diesen Abfall investieren. Schlussendlich wäre der Standort Deutschland wieder frei für Investments in die 4. Reaktorgeneration: Kleiner - billiger - sicherer - dezentraler.
8. Eine angebotsorientierte Politik erfordert rasche Genehmigungsprozesse für neue Energieerzeugungs- und verteilungsanlagen. In Sachsen wurde im Bereich der Windkraftnutzung mit der 1000m-Abstandsregelung bei gleichzeitiger Öffnungs- und Beteiligungsmöglichkeit im Falle der Zustimmung in den betroffenen Kommunen ein guter Weg beschritten, um das Angebot zu erhöhen, aber lokale Konflikte zu entschärfen. Wir unterstützen, wenn Kommunen entsprechend einer dezentralen Erzeugung im Gemeindegebiet fördern und sich als Marktteilnehmer aktiv an der Energiewende beteiligen können (Prosumer).

Überweisung (A-10)

Betreff:

Einstellungskorridor für die sächsische Polizei anheben

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Die Sächsische Union will den jährlichen Einstellungskorridor für den sächsischen Polizeidienst wieder auf 600 Anwärter anheben und über das Jahr 2026 hinaus beibehalten. Darüber hinaus soll eine vierte Polizeifachschule in Ostsachsen die Ausbildung attraktiver machen und die Einstellungszahl realisierbar machen. Die drei bestehenden Ausbildungsstandorte in Chemnitz, Leipzig und Schneeberg bleiben erhalten.

Überweisung (A-12)

Betreff:

Jobräder / Jobtickets für die sächsische Polizei

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages:

Die Sächsische Union setzt sich für Jobräder bzw. Jobtickets für die sächsischen Polizisten ein.

Überweisung (A-14)

Betreff:

Abhängigkeit verringern – kritische Rohstoffe selbst fördern

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages und an die CDU-Landesgruppe Sachsen im Deutschen Bundestag:

Die Sächsische Union spricht sich dafür aus, Subventionen für die Realisierung von Bergbauprojekten in Deutschland, bei denen kritische Rohstoffe gewonnen werden, einzuführen.

Überweisung (A-15)

Betreff:

Exploration vereinfachen

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages und an die CDU-Landesgruppe Sachsen im Deutschen Bundestag:

Die Sächsische Union spricht sich dafür aus, Kontaktinformationen von Grundstückseigentümern an Explorationsunternehmen behördlich zu übermitteln und eine engere Zusammenarbeit von Landkreis und Landesebene bei bergrechtlichen Genehmigungsverfahren zu ermöglichen.

Überweisung (A-17)

Betreff:

Künftige Gehälter der Intendanten des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks reformieren

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages und an die CDU-Landesgruppe Sachsen im Deutschen Bundestag:

Die Gehälter künftig neu zu besetzender Intendanten sollen sich streng an den Landesbesoldungstabellen der Bundesländer orientieren. Wir fordern die Rundfunkräte auf, eine geeignete Entlohnung festzulegen.

Überweisung (I-4)

Betreff:

Verurteilung von Gewaltstraftaten

Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an den Landesvorstand:

Die Sächsische Union verurteilt die Zunahme von Gewalt. Dabei verurteilen wir ganz besonders die Brandanschläge auf Asylbewerberheime wie zuletzt in Bautzen.

Gleichzeitig verurteilen wir die wiederholten Brandanschläge auf Bauunternehmen und Baustellen in Sachsen, zuletzt am 04.11.22 auf die Hentschke Bau GmbH in Leipzig.

Wir erwarten als Sächsische Union, dass die Straftaten aufgeklärt werden und die

Straftäter zur Verantwortung gezogen werden. Dazu muss die Strafverfolgung gestärkt und die technischen Möglichkeiten verbessert werden.